

Presse- Information

**Industriegewerkschaft
Bauen-Agrar-Umwelt
Region Rheinland**
Friedrich-Ebert-Str. 34-38 • 40210 Düsseldorf

Antonia Kühn
Regionalleiterin

Jon Heinemann
Stv. Regionalleiter

Telefon 0211 – 9 77 87 – 0
Fax 0211 – 9 77 87 – 20

rheinland@igbau.de

www.igbau.de

27. Januar 2022

Heute: Landtags-Debatte über Ausweitung der Kies- und Sandabbaugebiete am Niederrhein

IG BAU fordert nachhaltiges Konzept zum Rohstoffabbau in NRW

Im Zusammenhang mit der für heute angesetzten Landtags-Debatte über eine Ausweitung der Kies- und Sandabbaugebiete am Niederrhein fordert die für die Beschäftigten in der Baustoffindustrie zuständige Fachgewerkschaft IG Bauen-Agrar-Umwelt die Landesregierung auf, ein nachhaltiges Konzept zur Sicherung der Rohstoffindustrie im Land vorzulegen. Dabei gelte es, gute und oft mitbestimmte Arbeitsplätze zu sichern, so die IG BAU im Rheinland. Und es müsse dafür auch ein ausgewogenes ökologisches Gleichgewicht gesucht werden. „Unsere Kolleginnen und Kollegen wünschen sich gute Arbeitsplätze und eine gesunde Umwelt gleichermaßen. Als Gewerkschaft setzen wir auf Partizipation und Mitbestimmung, daher ist eine frühzeitige Beteiligung von Anwohnerinnen und Anwohnern sowie von Umweltschutzverbänden und Gewerkschaften ein möglicher Ansatz, um gemeinsame Lösungen zu finden“, sagt Regionalleiterin Antonia Kühn. Der Düsseldorfer Landtag widmet sich heute im Rahmen einer Aktuellen Stunde dem Regionalplan des Regionalverbands Ruhr (RVR), der eine Ausweitung der Kies- und Sandabbaugebiete am Niederrhein vorschlägt.

Die IG BAU sieht in Nordrhein-Westfalen einen wichtigen Industriestandort, an dem es nach wie vor einen enormen Sanierungsstau in der Bauwirtschaft gibt. Sowohl im Wohnungsbau und Wirtschaftsbau, aber vor allem in der Infrastruktur sind in den nächsten Jahren weitere umfangreiche Baumaßnahmen notwendig. „Wir setzen dabei auf eine Förderung der regionalen Wertschöpfungsketten. Sand und Kies vom Niederrhein sollten in dieser Region verbaut werden. Exporte von Baumaterialien – womöglich über Kontinente – ist nicht nur unwirtschaftlich, sondern auch umweltschädlich“, so Regionalleiterin Kühn. Außerdem sieht die IG BAU großes Potential in der Forschung für neue Baumaterialien und der Zertifizierung von Recycling-Rohstoffen. Solch eine Zertifizierung würde es erleichtern, dass Recycling-Materialien in öffentlichen Aufträgen berücksichtigt werden können und in diesem Feld auch neue Ersatzarbeitsplätze entstehen. „Es besteht dringender Handlungsbedarf. Die Landesregierung NRW kann nicht länger abwarten und zuschauen. Wir brauchen jetzt ein Konzept und langfristige Planungssicherheit“, betont die Gewerkschaft.